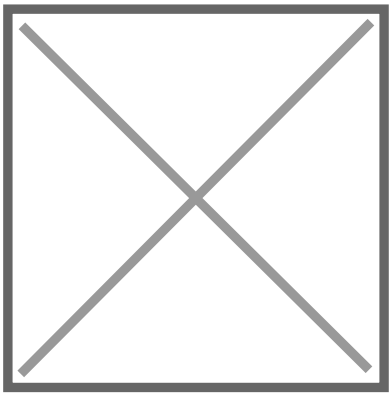


Marie-Luise DÃ¶tt MdB

### Description

*Pfeile gerade aus, nach recht und linksFoto: pixabay.com*

## WÃ¤hlen gehen: Privileg und BÃ¼rgerpflicht!

Am 26. September ist Bundestagswahl â?? mehr als 60 Millionen Menschen sind aufgerufen, mit ihrer Stimme Ã¼ber die Zusammensetzung des 20. Deutschen Bundestages zu entscheiden. Ein Privileg, und zugleich eine BÃ¼rgerpflicht, der aber seit Jahrzehnten ein Viertel der Wahlberechtigten nicht nachkommt. Das ist grob fahrlÃ¤ssig!

**Niemand ist gezwungen, zur Wahl zu gehen. Doch die Freiheit zu wÃ¤hlen ist keine SelbstverstÃ¤ndlichkeit, das ist mit Blick Ã¼ber die Grenzen tÃ¤glich in der Zeitung zu lesen und in der Tagesschau zu sehen.**

Eine Demokratie und damit eine freie Gesellschaft mit dem Privileg tatsÃ¤chlich freier Wahlen kann aber nur dauerhaft bestehen, wenn sich die BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rger an ihr beteiligen und sie gestalten. Eine demokratische Regierung ist erst dadurch legitimiert, dass mÃ¶glichst viele sie gewÃ¤hlt haben.

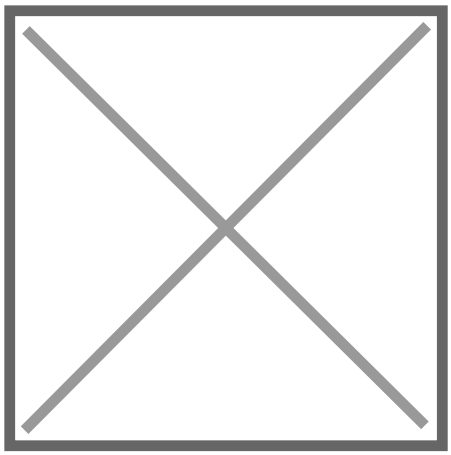
FÃ¼r viele mutet das Kreuzchen wie die **Qual der Wahl** an. Die KomplexitÃ¤t und Vielfalt wichtiger Politikbereiche mit Problemen, fÃ¼r die es oft keine einfache LÃ¶sung gibt, lÃ¤sst manchen ratlos zurÃ¼ck. Gesellschaftlicher Wandel und eine Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile haben die klassische Milieu- und Parteibindung verringert und die Wahlentscheidung fÃ¼r viele weniger eindeutig und damit schwieriger gemacht. Doch es lohnt, sich zu informieren und eine Stimme abzugeben, und sei es fÃ¼r die als geringstes Ã?bel empfundene Partei. Denn wer nicht wÃ¤hlt, fÃ¼r den entscheiden andere, und zwar im Zweifel nicht in seinem Sinne. Jede nicht abgegebene Stimme erleichtert es extremistischen StrÃ¶mungen, einen grÃ¶Ã?eren Einfluss auf unsere Gesellschaft und die Politik zu bekommen â?? und das wollen die meisten NichtwÃ¤hler Ã¼berhaupt nicht.

Einen nicht unerheblichen Teil der â??WahlmÃ¼denâ?? macht die **Gruppe der Unzufriedenen** aus, die â??denen da obenâ?? einen Denkzettel verpassen wollen. Doch das funktioniert nicht. Die eigene Stimme fÃ¤llt einfach unter den Tisch. Nur wer wÃ¤hlt, kann eine Partei klar der anderen vorziehen. Wer mitentscheiden will, wer regiert, muss wÃ¤hlen, sonst entscheiden andere. Den Schaden des NichtwÃ¤hlens hat weniger die kritisierte Partei, als vielmehr die Demokratie.

Die Entscheidung, wer das Land regiert, kann von wenigen Stimmen abhÃ¤ngen: J**ede Stimme kann einer Partei an die Macht verhelfen** und dazu beitragen, dass das Land im eigenen Sinne mitgestaltet wird. Der in knapp zwei Wochen zu wÃ¤hlende Bundestag wÃ¤hlt die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler. Jede Stimme entscheidet also mit, welche Partei die Person stellt, die in der nÃ¤chsten Legislaturperiode die RegierungsgeschÃ¤fte fÃ¼hrt, die Bundesministerinnen und Minister bestimmt und die Leitlinien der Politik verantwortet.

Das klingt weit weg? Vielleicht, doch die Politik, die diese Volksvertreter gestalten, nimmt entscheidenden Einfluss auf ganz wesentliche Fragen des Alltags, die alle BÃ¼rger betreffen, jeden einzelnen WÃ¤hler und NichtwÃ¤hler.

**Wer die Stimme verweigert** sollte sich fragen, mit welchem Recht er Politiker und die Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft kritisiert. NatÃ¼rlich bleibt auch den NichtwÃ¤hlern das hohe Recht der Meinungsfreiheit, ihre Kritik weiterhin lautstark kund zu tun. Aber auch nur, solange nicht zu viele sich verweigern und unserer freiheitlichen Demokratie den Boden entziehen.



*Marie-Luise DÃ¶tt MdB â?? Berlin und Oberhausen*